

Ingo Malcher

Kontinuitäten und Brüche der neoliberalen Hegemonie in Lateinamerika

Ausgangslage: Die neoliberale Dekade der 1990er Jahre

Die 1990er Jahre waren die Dekade der neoliberalen Hegemonie in Lateinamerika. Diese Hegemonie wurde an der Jahrtausendwende geschwächt. Die neoliberalen Regimes in den Ländern Lateinamerikas zeigten sich sehr krisenanfällig, wirtschaftlich instabil und haben die Heilsversprechen der neoliberalen Reformer nicht erfüllen können. Dies führte dazu, dass der Konsens der neoliberalen Hegemonie derzeit zerbricht. Es ist jedoch festzustellen, dass die neoliberale Institutionalisierung, die Implementierung von Mechanismen und Spielregeln, welche das neoliberale System festigen, durchaus erfolgreich war. Das macht es für antihegemoniale Bewegungen besonders schwer, alternative Wege zu finden, da ein Aufbrechen der Zwangsstrukturen dafür von Nöten wäre. Aber es scheint, dass es genau hierzu diesen Bewegungen an Kraft fehlt. Somit ist heute die paradoxe Situation festzustellen, dass die neoliberale Hegemonie zwar in die Krise geraten ist, es aber für fortschrittliche Kräfte sehr schwer ist, dies zu nutzen. Auch wenn inzwischen selbst von neoliberalen Vertretern kritischere Töne angestimmt werden so ist der Neoliberalismus als Regime in Lateinamerika noch nicht zusammengebrochen.

Wenn die 1980er Jahre in Lateinamerika wegen der Schuldenkrise als die verlorene Dekade bezeichnet werden so waren die 1990er Jahre auf dem Kontinent ohne Zweifel die Dekade der neoliberalen Hegemonie. Privatisierung, Deregulierung, Marktöffnung, monetäre Stabilität, Wettbewerb und Finanzmarktdominanz können als die Charakteristika dieser Dekade angesehen werden. Während der neoliberalen Reformen wurden in fast allen Ländern Südamerikas marktradikale Reformen durchgesetzt, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Das Modell der Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) mit einem regulierenden Staat wurde als gescheitert erklärt, und es wurde das Credo ausgegeben, dass nach der Schuldenkrise der 1980er Jahre grundlegende Strukturreformen des Staates vonnöten seien: weg vom Staat, hin zum Markt als regulierendem

Faktor. Auf diesen Prämissen aufbauend setzte ein gigantischer Umbauprozess der Staaten und ihrer Apparate ein, der das Sozialgefüge der Länder stark veränderte und neue Besitzverhältnisse entstehen ließ. Grundlegende Argumente bei den Staatsreformen der 1990er Jahre waren das Dogma der Anti-Inflation und die extreme Haushaltsdisziplin. Ein wichtiges Instrument der neoliberalen Reformen waren die Marktöffnung und die Integrationsbemühungen auf dem Kontinent. Zu nennen sind hier der Freihandelsblock Mercosur, der als neoliberales Projekt entstanden war und damit einen Wendepunkt der Integrationsbemühungen auf dem Kontinent darstellt. Infolge der Finanzkrise in Brasilien und dem wirtschaftlich-finanziellen Kollaps Argentiniens ist auch der Mercosur in die Krise geraten, und seine zukünftige Rolle ist noch nicht entschieden. Anders verhält es sich mit den Bemühungen der USA zur Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone von Alaska bis Feuerland, die 2005 starten soll. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, mit dem die USA ihrer Hegemoniekrise auf dem Kontinent begegnen und ihre Vormachtstellung durch die Schaffung einer „Markterfassung“ in den Amerikas sichern will. (Berriel Diaz/Malcher 2001: 35ff)

Als Fazit der neoliberalen Reformen kann gezogen werden, dass in fast allen Ländern die Inflation beseitigt werden konnte und dass während der 1990er Jahre Lateinamerika positive Wachstumsraten verzeichnete. Calcagno (2001: 79) weist in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass die neoliberale Dekade in puncto Wachstumsraten schlechter endete, als sie begann. In den Jahren von 1991 bis 1994 verzeichnete Lateinamerika stärkere Zuwachsraten als in der zweiten Hälfte von 1995 bis 1999. Calcagno (ebd.) macht die hohen Kosten der Refinanzierung der Schulden und die Preisveränderungen der Exportgüter dafür verantwortlich. Allerdings muss auch gesehen werden, dass zu Beginn der 1990er Multinationale Konzerne bei der Privatisierung von Staatsfirmen viel Kapital nach Lateinamerika transferiert haben, was zu einem virtuellen Aufschwung führte. Denn es wurden, wie im Falle Argentiniens, nur wenig neue Werte im agrarwirtschaftlichen und industriellen Bereich geschaffen, sondern bestehende Werte umverteilt. An der Wertschöpfungsbasis der Industrie hat sich aber nur sehr wenig verändert. Des weiteren kam es zu einer Internationalisierung der Unternehmen. Damit sind die Unternehmensgewinne Teil des Wertschöpfungsprozesses Multinationaler Konzerne und bleiben daher nur in besonderen Phasen des kräftigen Aufschwungs im Land. Ebenso blieb die Beteiligung Lateinamerikas am Weltmarkt sehr gering. Im Jahr 1997 machten die lateinamerikanischen Exporte nur 5,3 Prozent der weltweiten Exporte aus, die Importe nach Lateinamerika lagen bei 5,7 Prozent. Damit hat Lateinamerika gerade einmal das Niveau von 1973 erreicht. (Huerto Romero 2000: 67) Außerdem ist die Diversifizierung der Exportpalette nicht gelungen. Die einseitige wirtschaftliche Weltmarktöffnung hat dazu geführt, dass der Kontinent sich auf dem Gebiet des Rohstoffexports

und des Exports von mit billiger und unausgebildeter Arbeitskraft hergestellten Produkten spezialisiert hat. (Huerto Romero 2000: 67) Fehlgeschlagen sind die Neoliberalen mit ihrem Ziel, die Weltmarktanteile der Volkswirtschaften zu vergrößern, in einigen Ländern sind sie sogar rückläufig. Es lässt sich in manchen Bereichen bereits von einer Desindustrialisierung sprechen. Das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wurde fundamental umgestaltet, allerdings blieb die erhoffte wirtschaftliche Stärkung weit hinter den Ansprüchen zurück.

Den Reformen kann allerdings bescheinigt werden, dass sie bei der Umverteilung des Reichtums von Unten nach Oben durchaus erfolgreich waren. Der Anteil des informellen Sektors an der Wertschöpfung ist stark gestiegen. Calcagno (2001: 81) rechnet vor, dass zwischen 1990 und 1994 von 100 neuen Arbeitsplätzen in Kleinunternehmen 81 dem informellen Sektor zuzurechnen sind. Im Jahr 1995 stieg diese Zahl auf 84 und im Jahr 1996 auf 85. Laut Calcagno ist damit der informelle Sektor der wichtigste Bereich der Arbeitsplatzschaffung. (ebd.) Im Jahr 1980 zählte die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) 35 Prozent Arme in Lateinamerika, weitere 15 Prozent lebten in extremer Armut, ihr Einkommen reichte nicht aus, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Im Jahr 1997 zählte die CEPAL 36 Prozent Arme, konstant blieb der Anteil der in extremer Armut Lebender (15 Prozent). (nach Calcagno 2001: 86) Mit dem Umbau der Wirtschaft hat auch eine Veränderung der Gesellschaftsstruktur stattgefunden. Wesentliche Merkmale des korporatistischen Staates, wie es ihn beispielsweise in Argentinien einmal gab, existieren heute nicht mehr.

Die neoliberale Hegemonie in Lateinamerika

In der Weltmarktkonkurrenz und der Konkurrenz der Staaten als Investitionsstandorte haben sich die Regierungen der Länder Lateinamerikas in den 1990er Jahren der Bereitstellung günstiger Verwertungsbedingungen für das globale Kapital verschrieben. Das Prinzip der Wettbewerbsfähigkeit der Staaten und die Währungsstabilität wurden zum obersten gesellschaftlichen Ziel erhoben. Die Aufgabe des Staates ist es, in diesem Zusammenhang die Gesellschaften derart umzugestalten, dass sie in der Weltmarktkonkurrenz bestehen können. Diese Umgestaltung geht auf drei Ebenen vonstatten. Zum einen ideologisch: Neoliberalismus als vorherrschender Denkansatz in den Diskursen. Zum anderen technisch: niedrige Steuern für Investoren, niedrige Außenzölle, freies Funktionieren der Gesetze des Marktes, Deregulierung, Flexibilisierung, Anti-Inflationspolitik. Und schließlich durch die Schaffung von Strukturen und Mechanismen, die genau diese Politiken in der Praxis stützen.

Es wird hier davon ausgegangen, dass dieses Modell des Neoliberalismus in den 1990er Jahren das hegemoniale Modell in Lateinamerika war. Robert Cox definiert Hegemonie in internationalen Beziehungen wie folgt:

„Hegemonie auf internationaler Ebene ist nicht nur eine Ordnung zwischen den Staaten. Sie ist eine Ordnung innerhalb der Weltwirtschaft mit einer dominanten Produktionsweise, die alle Länder durchdringt und sich mit anderen untergeordneten Produktionsweisen verbindet. Sie ist auch ein Komplex internationaler sozialer Beziehungen, der die sozialen Klassen der verschiedenen Länder miteinander verbindet. Welthegeemonie lässt sich so beschreiben als eine soziale, eine ökonomische und eine politische Struktur. Sie kann nicht auf eine dieser Dimensionen reduziert werden, sondern umfasst alle drei. Welthegeemonie drückt sich ferner in universellen Normen, Institutionen und Mechanismen aus, die generelle Regeln für das Verhalten von Staaten und für diejenigen zivilgesellschaftlichen Kräfte festlegen, die über die nationalen Grenzen hinweg handeln – Regeln, die die dominante Produktionsweise abstützen.“ (Cox 1998: 83)

Die Struktur der Welthegeemonie ist folglich nicht starr und unveränderbar. Sie ist das Ergebnis von sozialen, ökonomischen und politischen Prozessen und sie ist gesellschaftlich umkämpft und veränderbar. Soziale Kräfte haben die Möglichkeit, die Strukturen zu sprengen und sie zu verändern. Zu den Instrumenten der internationalen Hegemonie zählen Institutionen und Mechanismen, die Regeln festlegen und bei der Ausbreitung der Hegemonie mithelfen. Dabei sind diese Institutionen und Mechanismen selbst ein Produkt der Hegemonie. Internationale Organisationen, wie zum Beispiel der Internationale Währungsfond (IWF), die Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB) oder die Weltbank helfen die politischen Leitlinien festzulegen und tragen dazu bei, dass bestimmte Regeln und Verfahrensweisen erstellt und überwacht werden. Zu nennen sind aber auch die Mechanismen der Finanzmärkte, auf die noch genauer einzugehen sein wird. Hegemonie geht also nicht nur von Staaten aus, sondern auch von privaten Akteuren, etwa von Multinationalen Konzernen oder Finanzmarktakteuren. Die neoliberale Ideologie dient als hegemoniale Denkrichtung und Anleitung für politisches Handeln. Damit lassen sich grob zwei grundlegende Elemente der neoliberalen Hegemonie in Lateinamerika unterscheiden: Der Konsens, also die Übereinstimmung der Beherrschten mit den Herrschenden. Und die Elemente des Zwangs, wie der IWF oder die Finanzmärkte.

Neoliberaler Konsens

Im öffentlichen Diskurs, wo der Konsens der Beherrschten mit den Herrschenden erzielt wird, haben sich in der neoliberalen Dekade der 1990er die Debatten über Sozialpolitik, Aufgaben, Ziele und Rolle des Staates in Lateinamerika radi-

kal verändert. Der Markt wird als der einzige Garant für Freiheit und Fortschritt der Gesellschaften gesehen. Nach dem Ende der Strategie der ISI und damit des von Raúl Prebisch für Lateinamerika wiederbelebten Keynesianismus in Form des *Cepalismo*, war ein ideologisches Vakuum entstanden, das der Neoliberalismus ausgefüllt hat. Im neoliberalen Diskurs in Lateinamerika wird der Staat als „Totalität des Problems“ (Borón 1992: 207) angesehen. Daher kommt der Neoliberalismus auf dem Kontinent nicht nur mit wirtschaftlichen und technischen Reformen aus, sondern er bedeutet gleichzeitig eine neue politische Theorie über die Funktionen des Staates und seiner Aufgaben und Organe. Dies beinhaltet die Frage, inwieweit die Einwohner eines Staates auf ihre Wirtschaftsverfassung Einfluss nehmen können, und auch inwieweit eine demokratische Steuerung von Entscheidungen und Prozessen möglich ist. Letztlich bleibt die Frage, welche Macht den Menschen in der Region zugestanden wird, wenn alle wirtschaftlichen Entscheidungen privatisiert sind und welche Priorität der Lösung sozialer Probleme eingeräumt wird. Der Markt ist unfähig, diese Probleme zu lösen. Und zwar nicht, weil er schlecht funktioniert, sondern weil es nicht seine Aufgabe ist, Gerechtigkeit zu schaffen, sondern Profit zu erwirtschaften. Dadurch haben sich die Gesellschaften in Lateinamerika stärker polarisiert. „Die jüngsten Erfahrungen – das Elend und die Barbarei im Zuge der Strukturanpassungen in Dutzenden Ländern Afrikas oder die ‘Vergewaltigung’ des öffentlichen Sektors in Mexiko – waren nicht dazu geeignet, den Neoliberalismus irgendwo in der Dritten Welt für normale Menschen attraktiver zu machen“, schreibt Panitch (1998: 153)

Trotzdem ist es dem Neorealismus gelungen in den 1990er Jahren in Lateinamerika hegemonial zu werden. Eine breite Legitimität erreichten die neoliberalen Programme durch die Herstellung makroökonomischer Stabilität. Gwynne und Kay stellen hierzu fest: „Soweit die Beschäftigung ansteigt, können neoliberale Modelle möglicherweise gesellschaftliche Unterstützung vonseiten ärmerer Gruppen, die nach und nach in Lohnarbeit kommen, gewinnen.“ (Gwynne/Kay 1999: 18f.) Darüberhinaus ist es den neoliberalen Reformern gelungen über das Thema der Währungsstabilität eine geistige Führerschaft aufzubauen und einen Konsens über die Anti-Inflationspolitik herzustellen. Ein Ende dieser Politik, so suggeriert der neoliberale Diskurs, würde auch das Ende der Stabilität bedeuten. Der neoliberale Konsens wurde auch vom Richtungswechsel der intellektuellen Institutionen beeinflusst. So hat auch die Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) in den 1980er Jahren einen Kurswechsel eingeleitet, weg vom alten *Cepalismo*, hin zu einem Institut, das sich zunächst auf die Veröffentlichung von Statistiken spezialisierte.¹ Auf intellektuellem Gebiet arbeiten in allen Ländern private Institute, in Argentinien etwa die „Fundación Atlas“, am neoliberalen Umbau, indem sie als Lobbygruppe auf die Öffentlichkeit und auf Entscheidungsträger einzuwirken versuchen.² In Lateinamerika gibt

es 31 mit dem neoliberalen Think-Tank Mont-Pélerin-Society assoziierte Denkfabriken. (Plehwe 2000: 55)

Zwangsstrukturen und Zwangsmechanismen

Begleitet wird diese Politik von Zwangsinstrumenten, die der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank exekutieren. Gowan definiert ihre Rolle folgendermaßen: „Erstens sind die beiden Institutionen dazu da, das internationale Finanzsystem zu stärken und zweitens ist es ihre Aufgabe, die Schuldentzahlungen der Gläubiger-Staaten zu gewährleisten.“ (Gowan 1999: 43-42) Jedoch sind dies nicht die einzigen Elemente des Zwangs. Hinzu kommen die einfachen Marktmechanismen, die de facto Macht über die Länder ausüben. Hier wird die These vertreten, dass der Finanzmarktmechanismus des von J. P. Morgan erstellten Emerging Market Bondindexes (EMBI+) und die internationalen Rating-Agenturen eine grössere Macht über die Länder Lateinamerikas haben als IWF und Weltbank.

Nachdem die Schuldenkrise der 1980er Jahre die Banken der USA erschüttert hatte, wurden neue Elemente angewandt, um die Gläubiger besser zu schützen.³ So geben die Banken heute so gut wie keine starren Kredite mehr an die Staaten Lateinamerikas, sondern zeichnen Staatsanleihen der Länder (Bonds). Den Zinssatz hierfür bestimmt der sekundlich festgesellte EMBI+ am Ausgabetag. Damit sind Banken und Investoren flexibler, da sie in der Lage sind, die Papiere abzustossen, wenn ihnen das Risiko zu groß wird oder neue Papiere zu zeichnen, wenn sie sich ein gutes Geschäft davon versprechen. Dadurch gelang es den Banken und Investoren auch das Investitionsrisiko besser zu steuern. Bei diesen Geschäften schlüpfen die Banken oftmals nur in die Rolle des Abwicklers der Geschäfte, ohne selbst tätig zu werden. Für Länder und Unternehmen ergibt sich daraus die Möglichkeit ihren Kapitalbedarf direkt an den Finanzmärkten zu decken, ohne den Umweg über die Banken zu gehen. Dabei muss der Investor aber das Risiko absichern, was die Rating-Agenturen und den EMBI+ ins Spiel bringt.

Über den EMBI+ haben die Finanzmärkte eine direkte Definitionsmacht über die Ziele der verschuldeten Volkswirtschaften inne. Sinken die Aussichten, dass ein Land seine Schulden bezahlen kann, bieten verschreckte Investoren auf den Schuldtitelmärkten in New York und anderswo die Schuldtitel („Bonds“) des entsprechenden Landes zum Verkauf an. Dies funktioniert über das Gesetz von Angebot und Nachfrage: Werden viele Titel angeboten, sinken die Preise. Dadurch sinkt der Wert der Bonds und es steigen die Länderrisikopunkte. Für Argentinien liegen sie derzeit bei 4515, für Brasilien bei 789, für Mexiko bei 227. (vgl. Dresdner Bank Lateinamerika AG, Latin American Daily Spotlight v. 27. Juni 2003: 1). Dies bedeutet, dass Argentinien, würde es jetzt einen neuen Kredit

aufnehmen wollen, 45,15 Prozent Zinsen Risikozuschlag auf die Zinsrate von US-Treasury-Bonds zu zahlen hätte, im Falle Brasiliens wären es 7,89 Prozent, im Falle Mexikos 2,27 Prozent. Daher hat die Rating-Agentur Standard & Poor's für die argentinische Schuld auch die Note „SD“ vergeben – selective default (Dresdner Bank Lateinamerika AG: Perspektiven Lateinamerika, März 2003: 8). Keine Regierung kann einen Kredit zu diesen Konditionen aufnehmen, daher sind die Kapitalmärkte zur Finanzierung für Argentinien derzeit geschlossen. Das Länderrisiko ist eine Art Zwangs-TÜV, mit dem die Finanzmärkte auf wirtschaftspolitische Entscheidungen in den einzelnen Ländern direkt und unmittelbar Einfluss nehmen können. Es ist auch ein Sanktionsmechanismus für wirtschaftspolitische Maßnahmen, die dazu führen, dass die Aussichten auf Zahlung der Schulden sinken. Marktkonforme Politiken (z. B. extremer Sparkurs) werden durch niedrige Zinssätze belohnt, marktfeindliche (z. B. Erhöhung der Staatsausgaben) bestraft. Insofern haben die Finanzmärkte ein reales politisches Druckmittel in der Hand. Treffend schreibt Huffschmid über die Rolle der Finanzmärkte in der Weltökonomie:

„International liberalisierte F[inanzmärkte] werden zunehmend zu einer Schranke für jede Wirtschaftspolitik, die sich an Beschäftigungs-, Wohlfahrts-, Gerechtigkeits- oder Nachhaltigkeitsvorstellungen orientiert. Denn das Interesse des Geldkapitals richtet sich in erster Linie auf die Stabilität des Geldwerts, auf den steigenden Kurswert seiner Wertpapierdepots, auf hohe Zinsen bzw. Dividenden. Seine Durchsetzungsmacht gegenüber der Politik ist besonders groß, seit es über die Möglichkeit verfügt, sich jederzeit ohne besonderen Aufwand durch Kapitalflucht unliebsamen Eingriffen zu entziehen. Die hohe Mobilität verschafft dem Kapital *Exit-Optionen*, die es als Drohung gegen jede Regierung wenden kann.“ (Huffschmid 1999: 545)

Mit den in die Höhe getriebenen Zinsen durch die Länderrisikorate sitzt der Staat doppelt in der Falle: Die hohen Zinsen erschweren wegen der teuren Kredite das Wirtschaftswachstum, sie verhindern aber auch, dass Geld in produktive Investitionen fließt, da die Rendite schon auf Festgeldkonten relativ hoch ist, verglichen mit der Gewinnerwartung bei Investitionen im produktiven Bereich inmitten einer Krise. Profitieren können von einer solchen Situation nur Geldbesitzer. Genau dies ist im Falle Argentiniens passiert, bevor sich das Land zum Jahreswechsel 2001/2002 zahlungsunfähig erklären musste. Durch die hohe Verschuldung des Staates im Land verloren die lokalen Banken und die lokalen privaten Rentenkassen ihre Liquidität, sie hatten rund die Hälfte der argentinischen Bonds in ihren Portfolios. (Boris/Malcher 2001: 54; Malcher 2002: 40ff.)

Ein anderes Instrument zur Disziplinierung und zur privaten Regulierung der Weltwirtschaft stellen die Rating-Agenturen⁴ dar, die regelmäßig die Bonität der Kreditnehmer feststellen. Mit der Einstufung des Kreditrisikos eines Landes besitzen sie eine faktische Macht, da sich die Ergebnisse dieser Einstufungen sofort

in höheren oder niedrigeren Zinssätzen bemerkbar machen. Dadurch erhöht sich der Druck auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen einer Regierung sofort, da die Preise für Staatsanleihen auf dem Schuldengebrauchtmrkt sich sofort verändern und damit der Zinssatz für Neuverschuldungen. Auch entsteht durch eine schlechtere oder bessere Einstufung ein Druck im Inland: Selbst hoch effizient arbeitende Firmen, die in einem schlecht benoteten Land tätig sind, bekommen schlechte Noten von den Rating-Agenturen ausgestellt, wegen ihres erhöhten Standortrisikos. Dadurch sind die Rating-Agenturen zu einem Instrument der neoliberalen Hegemonie geworden. Während Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO), der IWF oder die Weltbank das neoliberale Modell durch Abmachungen und Verträge institutionalisieren, kann im Falle der Rating-Agenturen und der Definitionsmacht der Finanzmärkte von einer privaten Institutionalisierung gesprochen werden, sie bestimmen Regeln und legen Mechanismen fest. Dabei unterliegen sie keinerlei demokratischer Kontrolle, IWF und Weltbank werden immerhin noch von Regierungen kontrolliert. Die Rating-Agenturen hingegen sind private Schiedsrichter im Schein der Neutralität, welche die Interessen der Investoren vertreten. Ebenso verhält es sich mit den Finanzmarktstrukturen.

Als Folge dieser Transformationen stieg in Lateinamerika „nicht nur die verfügbare Liquiditätsmasse, sondern auch die Geschwindigkeit der internationalen Geldzirkulation und die Möglichkeit zur öffentlichen und privaten Verschuldung.“ (Sevares 2002: 311) Damit wurde das System aber auch unstabiler und die Zunahme von Finanzkrisen kann als eine Charakteristik des neoliberalen Modells der 1990er Jahre angesehen werden. So stürzte Ende 1994 Mexiko in eine schwere Finanzkrise, Brasilien 1999 und es folgte 2001 Argentinien, 2002 dann Uruguay. Auch in Ecuador brach im Jahr 2000 das Finanzsystem zusammen, und Kolumbien könnte ebenfalls die Zahlungsunfähigkeit drohen.

Integrationsbemühungen unter neoliberalen Vorzeichen

Mercosur

Eines der Merkmale neoliberaler Globalisierung ist die Herausbildung von Regionalblöcken durch die räumliche Integration von Staaten. In den 1990er Jahren hat die regionale Zusammenarbeit deutlich zugenommen, eine Welle des Regionalismus hat eingesetzt. Dabei sieht die neoklassische Theorie in der Regionalisierung einen Widerspruch zum Ziel der Liberalisierung der Weltwirtschaft, wie sie von der WTO betrieben wird. So warnte deren ehemaliger Generalsekretär Renato Ruggiero im April 1998 vor der Zunahme regionaler Abkommen. Solche könnten die WTO nicht ergänzen, sondern sich nur parallel zu dieser entwickeln. Eine weitere Herausbildung regionaler Abkommen könnte zu einer

Gefahr für die multilaterale Ordnung werden. (Financial Times, 16.4.1998, S. 7) Viele regionale Projekte wurden für den Fall des Scheiterns der Uruguay-Runde des GATT initiiert. Die USA und Europa sind besonders aktive Akteure in diesem Prozess. Dabei stehen nicht nur ambitionierte Großprojekte auf der Tagesordnung, wie die Schaffung der Asia-Pacific Economic Co-operation (APEC) oder der Free Trade Area of the Americas (FTAA), sondern es geht auch um die Schaffung interregionaler Wirtschaftsräume, wie zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur. Für die Länder der Peripherie ist die Bildung von Regionalblöcken (Mercosur, Andengemeinschaft) eine Möglichkeit, sich in den Weltmarkt zu integrieren.

Mit diesem Ziel unterzeichneten die Regierungen Argentiniens, Brasiliens, Paraguays und Uruguays am 26. März 1991 den Vertrag von Asunción, der die Gründungsakte des Mercado común del Sur (Mercosur)⁵ darstellt.⁶ Damit wurde auch polit-ökonomisch ein Kurswechsel vollzogen. Während der 1980er Jahre standen die argentinisch-brasilianischen Integrationsbemühungen ganz unter dem Zeichen des *Cepalismo*.⁷ Als Argentinien und Brasilien in den 1980er Jahren erste Annäherungsversuche in Sachen Regionalisierung machten, verfolgten sie noch das Modell der „Partizipativen Integration“, wie Ferrer (1997: 110) es bezeichnet. Ganz nach den damaligen Ideen der CEPAL wurden darin die Steigerung des Entwicklungsgrades und das regionale Gleichgewicht als Zielvorgabe ausgegeben, was durch alleiniges Vertrauen auf die Marktkräfte nicht zu erreichen war. Seit den 50-60er Jahren wurde in der Integration ein wesentlicher Bestandteil für die Entwicklung gesehen. Politik und Wirtschaft sollten dabei zusammenarbeiten. Die Akte von Iguazu vom November 1985 ging von der Idee aus, dass das Zusammenspiel von Marktkräften und Staat die Voraussetzung für höhere Lebensqualität schaffen könne. Demnach sollten das Ensemble von Regierung, Wirtschaft und sozialen Akteuren den Markt regulieren und Strategien für eine gemeinsame Politik entwerfen. Die Märkte sollten bei der Integration reguliert werden, und eine aktive Industrie- und Technologiepolitik sollte für die gesamte Region entworfen werden. (Ferrer 1997: 110) Auch in dem ein Jahr später unterzeichneten Programa de Integración Argentina-Brasil (PICAB) war der Regionalismus nach innen gewandt, und das Ziel beider Länder war es gewesen, gemeinsam zu wachsen.

Doch seit den 1970er Jahren kam der Fordismus und seine Ausgestaltung in Lateinamerika, der *Cepalismo*, in die Krise und damit auch das von ihm favorisierte Modell der Importsubstituierenden Industrialisierung. Die Schuldenkrise in den 1980er Jahren beendete ab 1982 die Industrialisierungs- und Wachstumsphase in Lateinamerika, die mit dem Modell der Importsubstituierenden Industrialisierung begonnen hatte. Mit der Krise der 1980er Jahre geriet das Denken des *Cepalismo* ebenfalls in die Krise und damit das von ihm vorgeschlagene

Integrationsmodell. Dieses Modell setzte auf die Förderung des Handels und hatte die Industrialisierung der Länder zum Ziel. Die regionale Öffnung sollte nach Sektoren voranschreiten und von einer aktiven Industrie- und Technologiepolitik begleitet werden, um die einzelnen Sektoren der Wirtschaft und der Gesellschaft auf die neuen Bedingungen des Wettbewerbs vorzubereiten. Ziel dabei war die Vervollständigung der Industriestruktur der Länder.

Mit der Gründung des Mercosur kam die Wende: weg von der partizipativen Integration, hin zum „offenen Regionalismus“, ein Begriff, den der damalige japanische Premierminister Masayoshi Ohira in den 1970er Jahren zum ersten Mal verwendet hatte. (Angelone/Gaveglione 2000: 22) Der Begriff bietet sich an, da die Art der regionalen Integration, also welche Strategien und Denkmuster vorherrschen, sich durchaus von einem zum anderen Regionalblock unterscheiden kann. Beim offenen Regionalismus handelt es sich um einen schlanken Regionalblock, der, anders als die Europäische Union (EU), nicht über zahlreiche Institutionen verfügt, und dessen Ziel die Weltmarktintegration ist.

Durch die Mercosur-Gründung fanden zwei Öffnungen statt: eine innerhalb des Mercosur durch die Öffnung der einzelnen Länder zueinander, und eine des Mercosur nach außen, welche durch die Festlegung des gemeinsamen Außenzolls der nationalen Ökonomien erreicht wurde. Diese Öffnung bedeutete für alle Länder eine starke Reduzierung ihrer Schutzzölle für die eigene Industrie. Diese Form der Öffnung in relativ kurzer Zeit übte auf die Gesellschaften der Mercosur-Länder einen starken Anpassungsdruck unter den neuen Bedingungen der Konkurrenz aus. Auch Carrera und Sturzenegger sehen im Mercosur ein Instrument, mit dem es gelungen ist, die Ökonomien der Mitgliedsländer nach innen (zum Mercosur) und nach außen (zum Weltmarkt) zu öffnen: „Der Mercosur funktionierte in den Ländern wie eine ‘Verpflichtungstechnik’, um die Länder an die wirtschaftliche Öffnung zu binden. Durch die Existenz einer äußeren Verpflichtung für jedes Land ist es für die einzelnen Sektoren wesentlich schwieriger, darauf zu drängen, die Öffnung rückgängig zu machen.“ (Carrera/Sturzenegger 2000: 15) Damit wirkt der Mercosur nicht nur als Druckfaktor, sondern er ist auch ein Instrument, das dafür sorgt, dass die einmal eingeschlagene Öffnungspolitik nur schwer rückgängig gemacht werden kann. Mit dem Mercosur wurde eine zwischenstaatliche Einrichtung geschaffen, dessen Dynamik in seinen Mitgliedsländern wirtschaftliche Reformen katalysiert.

FTAA

Parallel zum Mercosur wird seit 1994 die von den USA favorisierte Free Trade Area of the Americas (FTAA), eine Freihandelszone von Alaska bis Feuerland geplant, die bereits im Jahr 2005 in Kraft treten soll. Die hier vertretene These

lautet, dass die USA mit der FTAA zunächst ihre Vorherrschaft in den Amerikas sichern wollen. Aber es geht um mehr als das: Die FTAA ist ein hegemoniales Projekt, das eine neoliberale Wirtschaftsordnung in Lateinamerika verankert. Mit der FTAA werden die Spielregeln für den interamerikanischen Handel festgeschrieben. Davon würden nicht nur US-Konzerne profitieren, sondern auch europäische, die schon jetzt in Lateinamerika vertreten sind.

Den USA geht es im FTAA-Prozess vor allem um vier Punkte. Sie wollen erstens, dass US-Produkte freien Zugang zu sämtlichen Märkten in Lateinamerika haben, ohne von tarifären oder nicht tarifären Handelshemmnissen dabei gebremst zu werden. Zweitens wollen die USA erreichen, dass US-Konzerne bei der Privatisierung von staatlichen Firmen und der Vergabe von staatlichen Aufträgen wie nationale Firmen berücksichtigt werden. Bislang wird in vielen lateinamerikanischen Ländern nationalen Unternehmen der Vortritt gegeben. Drittens geht es um das geistige Eigentum. Die lateinamerikanischen Länder sollen die US-Patentregelungen anerkennen, dies betrifft vor allem den pharmazeutischen Bereich, Schutzmechanismen gegen „Biopiraterie“ sind hingegen nicht vorgesehen. (vgl. Correa 2001: 8f.) Schliesslich sollen sich, viertens, die lateinamerikanischen Staaten für Dienstleistungen aus den USA öffnen. (Berriel Diaz/Malcher 2001: 35ff.)

Der Mercosur könnte als Wirtschaftsblock die Dominanz der USA herausfordern – oder aber Brückenkopf des FTAA-Projekts werden (etwa durch eine Freihandelszone Mercosur-NAFTA, was den Prozess beschleunigen würde). Seit den jüngsten Regierungswechseln in Brasilien und Argentinien in diesem Jahr setzt der Mercosur bei den FTAA-Verhandlungen darauf, die eigene Verhandlungsposition durch ein gemeinsames außenpolitisches Auftreten der Mercosur-Staaten als Block zu stärken. So schlug Brasilien beim zweiten Gipfel der Amerikas im April 1998 eine rein südamerikanische Freihandelszone als Gegenpol zur FTAA vor. Es sieht gegenwärtig so aus, als ob die entscheidende Frage weniger lautet, ob es zu einer FTAA-Bildung kommt, als vielmehr wie dies geschieht: Über die Annäherung zweier Blöcke (Nord- und Südamerika) oder über eine progressive Ausweitung der NAFTA. Dies gilt insbesondere, seitdem US-Präsident George W. Bush im Jahr 2002 vom Kongress die Trade Promotion Authority (TPA) erhalten hat, also die Vollmacht Freihandelsverträge auszuhandeln, die dann vom Kongress nur bestätigt oder abgelehnt, jedoch nicht mehr verändert werden können.

Gelingt es dem Mercosur, als Block oder gar gemeinsam mit den anderen lateinamerikanischen Ländern als erweiterte südamerikanische Allianz über die Bildung der FTAA zu verhandeln, so ist es denkbar, dass dadurch den USA substanzielle Zugeständnisse in sensiblen Bereichen wie dem Agrarhandel abgerungen werden können. Dem steht die Vorstellung der USA gegenüber, die bilaterale Verhandlungen mit einzelnen Ländern vorzieht, was für sie strategisch einfacher wäre und ihre Vorherrschaft auf dem Kontinent festigen würde. In diesem Fall würden die latein-

amerikanischen Verhandlungspartner keine gemeinsamen politischen Forderungen formulieren und somit auch politisch geschwächt werden. Ein Anfang ist gemacht: Chile unterzeichnete Mitte Dezember 2002 ein Freihandelsabkommen mit den USA, und die zentralamerikanischen Regierungen verhandelten bereits Mitte April mit den USA über die Bildung einer Freihandelszone.

Im FTAA-Prozess geht es um mehr als nur die Implementierung eines Wirtschaftsprogramms: Es geht um die nicht mehr rückgängig zu machende Verfestigung einer Marktverfassung, in der die Politik nur noch die Imperative des Weltmarktes nach den Rezepten einer neoliberalen Orthodoxie exekutieren soll. Daher muss die FTAA auch als Pilotprojekt für die nächste Generation von Handelsverträgen im Rahmen der WTO angesehen werden. Durch sie sollen in den Americas nicht nur neue Regelungen und Vorschriften des interamerikanischen Handels durchgesetzt, sondern zugleich auch ein Laboratorium für die Entwicklung neuer Paradigmen globaler Handels-, Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik geschaffen werden. So wird in einer Publikation der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB) konstatiert:

„In der Tat sollten die Welle neuer, regionaler Handelsabkommen, die Vertiefung der bereits existierenden und das Aufkommen der FTAA-Verhandlungen in ganz Amerika erstens als Ergänzung zu den unilateralen Reformen und multilateralen Verhandlungen gesehen werden. Zweitens aber - und dies ist noch wichtiger - stellen sie Laboratorien für die Entwicklung neuer Paradigmen zum Entwurf und zur Implementierung weltweiter Handelspolitik dar.“ (zit. nach Devlin et al 1999: 7)

Es wird mit der FTAA also versucht eine Marktverfassung zu verankern, die den politischen Interventionsraum einengt und den freien Markt zum dominanten Regulationsmodus erhebt und somit die Sicherheit der ausländischen Direktinvestitionen, die Freiheit der Dienstleistungen und den freien Marktzugang garantiert. Der Marktradikalismus in den Americas wird hierdurch weiter institutionalisiert, weil ein Ausstieg aus diesem Modell nahezu unmöglich sein wird. Das entscheidende Hindernis ist hierbei aber nicht die institutionelle Ebene der FTAA-Verträge, die ein Land kündigen könnte, wenn es sich für einen anderen Entwicklungsweg entscheidet, sondern die Gefahr einer Marginalisierung des eigenen Außenhandels. Durch das System präferentieller Zollsätze würde es vom regionalen Markt verdrängt, weil es durch die handelsumlenkende Wirkung einer Freihandelszone Marktanteile gegenüber den Ländern, die der FTAA angehörenden, einbüßen würde. Wer politisch einen anderen Weg sucht und sich der FTAA verschließt, bleibt wirtschaftlich außen vor, was sich schon jetzt kein lateinamerikanisches Land leisten kann. Für ein einzelnes Land wird es unmöglich sein, ein alternatives Entwicklungsmodell zu suchen, wenn sämtliche Nachbarn sich erst mal dem offenen Regionalismus mit den USA verschrieben haben. Einem südamerikanischen Integrationsprojekt, das zum Ziel nicht die Erleichte-

rung des Handels hat, sondern Industrialisierung und Entwicklung, das nicht auf die komparativen Kostenvorteile und die Gleichgewichtstheorie aus der Neoklassik setzt, ist damit der Weg versperrt. (Berriel Diaz/Malcher 2001: 35ff.)

Das neue Jahrtausend: Hegemonie mit Brüchen

Noch ist längst nicht entschieden, wie die zukünftige Rolle des Mercosur aussehen wird. Denn, einst als neoliberales Projekt gegründet, wirkt der Freihandelsblock heute als die einzige realpolitische Alternative der südamerikanischen Länder, sich dem Druck des Marktes etwas zu entziehen. Die schwere Finanzkrise in Argentinien hat in dem Land die neoliberale Hegemonie beendet – wenn auch mit noch offenem Ausgang – und Argentinien hat den Nachbarn Brasilien als Handelspartner wiederentdeckt. (Malcher 2002: 43) Brasilien setzt nicht erst seit der Amtsübernahme von Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva auf eine stärkere Integration in Lateinamerika. Dabei erscheint die Abstimmung der Währungspolitik zwischen Brasilien und Argentinien als sinnvoll, wie sie vor kurzem, zwischen Brasiliens Präsident Lula und dem argentinischen Übergangspräsidenten Eduardo Duhalde beschlossen wurde. (La Nación, 15.1.2003: 1) Nie waren die Bedingungen dafür besser: Der brasilianische Real und der argentinische Peso sind nach der Abwertung in Argentinien fast gleich viel wert.

Es waren nicht zuletzt die Argentinienkrise und die anderen Finanzkrisen auf dem Kontinent, welche die neoliberale Hegemonie ins Wanken brachten. Aber auch Vertreter des neoliberalen Modells nehmen inzwischen Abstand. So schreibt die Interamerikanische Entwicklungsbank: „Der unzureichende ökonomische und soziale Fortschritt in den Ländern Lateinamerikas stand im auffallenden Kontrast zu der Größe der Änderungen, die in ihren Wirtschaftspolitiken stattgefunden haben.“ (IDB 1997: 31) Die ideologisch unverdächtige CEPAL (1994: 1) erklärte bereits in einem 1994 veröffentlichten Bericht die Armut zur größten Herausforderung der lateinamerikanischen und karibischen Länder. Die Krise und die Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme hätten fast alle zuvor gemachten Erfolge auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung der 1960er und 1970er Jahre zunichte gemacht, heißt es in dem Bericht. „Rezession und Anpassungsprogramme in den 80er Jahren steigerten die Ungleichheit bei den Einkommen in fast der gesamten Region. In Ländern mit der am höchst konzentrierten Einkommensverteilung erhalten die reichsten zehn Prozent der Haushalte 40 Prozent des gesamten Einkommens.“ (CEPAL 1994: 1, Übersetzung I. M.) Und die Weltbank weist darauf hin, dass „trotz der ausgedehnten Handelsliberalisierung in 44 von 93 Entwicklungsländern der Handelsanteil am Bruttosozialprodukt von Mitte der 80er Jahre bis Mitte der 90er Jahre sank“ (The World Bank 1997: 134).

Die aus diesen Entwicklungen sich ergebenden sozialen Spannungen haben in Lateinamerika zu einem neuen politischen Umfeld geführt. In zahlreichen Ländern sind antihegemoniale Strömungen unterschiedlicher Schattierungen in Regierungsverantwortung gekommen oder mindestens aber einflussreiche Bewegungen geworden. Die meisten Hoffnungen weckte der Wahlsieg des Sozialisten Luiz Inácio „Lula“ da Silva in Brasilien Ende 2002. Wohl auch, weil der einstige US-Präsident Richard Nixon in den 1970er Jahren befand: „Wohin Brasilien sich wendet, dorthin geht der ganze Kontinent.“ (zit. nach Boris: 2002) Lulas Wahlsieg ist „Ausdruck von sich verändernden Hegemonialverhältnissen“, kommentiert Boris (ebd.) zutreffend. Nicht nur in Brasilien, auch in den anderen Ländern hat sich die politische Landschaft verändert. In Venezuela gelang es im Jahr 1998 dem ehemaligen Oberstleutnant der Fallschirmspringer Hugo Chávez Frías mit einem gegen das Establishment gerichteten Kurs Präsident zu werden. Mit Lucio Gutierrez wurde in Ecuador ebenfalls ein Mann Präsident, der nicht dem klassischen Parteienspektrum angehört und zumindest im Wahlkampf sich links von der Mitte zu profilieren versuchte. In Uruguay scheiterte der Kandidat des Linksblocks Frente Amplio nur knapp bei den Präsidentenwahlen und in Bolivien glückte dem Kokagewerkschafter Evo Morales im Jahr 2001 ein Überraschungserfolg, auch wenn er bei den Präsidentenwahlen am Ende nur zweiter wurde.

Aber trotz dieser Erfolge sind Zweifel angebracht. Das neoliberale Modell lässt aufgrund seiner institutionalisierten Regeln und Mechanismen nur wenig Spielraum für alternative Politikansätze. Auch hat sich in zahlreichen Ländern eine Kultur des Marktes herausgebildet. Die neoliberalen Dogmen sind fest in den Köpfen verankert. So hat der neue ecuadorianische Präsident Gutierrez auch im Wahlkampf stets gesagt, dass er die Dollarisierung seines Landes nicht rückgängig machen werde. Und noch vor den Wahlen versprach Lula dem IWF, in diesem Jahr einen Haushaltsüberschuss von 3 3/4 Prozent des BIP vor Zinsdienst zu erwirtschaften. Alle mehr oder weniger fortschrittlich gesinnten Regierungen haben unter diesen Voraussetzungen nur minimale Spielräume. Zwar ist in den Diskursen in den Ländern die neoliberale Hegemonie zumindest in Frage gestellt. Aber die neoliberalen Fundamente sind in Form von Zwangstrukturen fest verankert und führen zu kurzfristigen Sachzwangentscheidungen. Auch führt die Krise in vielen Ländern des Kontinents dazu, dass der Reproduktionsdruck der Bevölkerung steigt, und damit die Kraft für soziale Kämpfe verloren zu gehen droht. Die Armut hat nicht nur in Lateinamerika eine disziplinierende Wirkung und stärkt damit die Macht- und Eigentumsverhältnisse, die sie erst schafft. Und durch den Sachzwang Weltmarkt schlägt sich die globale Dauerkonkurrenz „von den Staaten auf die Individuen“ (Narr/Schubert 1994: 13) nieder.

Zwar eröffnet die Krise der neoliberalen Hegemonie die Möglichkeit zur Veränderung, wie die Wahlerfolge und die stärker werdenden zahlreichen sozialen

Bewegungen zeigen. Jedoch führt diese Krise nicht zwangsläufig zu fortschrittlichen Veränderungen. Vor allem auch deshalb, weil die Brüche der neoliberalen Hegemonie aus den von ihr selbst verursachten Wirtschaftskrisen hervorgingen und es auf diskursiver Ebene nicht gelungen ist, eine konkrete Gegenhegemonie zu formulieren und als Alternative aufzubauen.

Anmerkungen

- ¹ Es wäre aber falsch, der CEPAL einen neoliberalen Kurswechsel zu unterstellen. Der „nuevo Cepalismo“ versucht sich für einen „gleichberechtigteren, effizienteren, sozialeren, nachhaltigeren und demokratischeren Kapitalismus“ (Boris 2001: 126) in Lateinamerika einzusetzen. Boris (ebd.) schlussfolgert daher zurecht: „Und es kann auch unterstrichen werden, dass kurz- und mittelfristig die Realisierung von CEPAL-Forderungen einem radikalen Reformismus gleichkommt, der von den gegenwärtigen linken politischen Parteien und Bewegungen in ähnlicher Form programmatisch vorgebracht wird oder werden könnte.“
- ² Besonders aktiv hierbei ist die deutsche Friedrich Naumann Stiftung mit der von ihr unterstützten Internet-Zeitschrift *Perfiles del siglo XXI*, mit zahlreichen Links zu liberalen Think-Tanks, vgl. <http://www.revistaperfiles.com>.
- ³ „Wahrscheinlich war dies der gefährlichste Moment für die kapitalistische Wirtschaft seit 1929 gewesen“, bilanziert Hobsbawm (1998: 527) über die Schuldenkrise. Halperin Donghi stimmt zu: „Hätten alle lateinamerikanischen Länder ihre Schulden nicht mehr bezahlt, hätten sie das weltweite Finanzsystem in Gefahr gebracht.“ (Halperin Donghi 1992: 758, Übersetzung I.M.)
- ⁴ Zwei US-amerikanische Firmen teilen das Rating-Geschäft praktisch unter sich auf und haben ein Duopol inne: Moody's Investors Service (Moody's) und Standard & Poor's Ratings Group (S&P). Beide Agenturen gehören Informationskonzernen: Moody's gehört zu Dun & Bradstreet und S&P gehört zur Verlagsfirma McGraw-Hill. (Willke 2001: 163) Auch die kleineren Konkurrenten haben ihren Sitz in den USA: Fitch IBCA und Duff & Phelps Credit Ratings. Die Rating-Agenturen sind demnach für Willke (ebd.) „das am stärksten oligopolisierte und konzentrierte Element des globalen Finanzsystems.“ Moody's und S&P teilen sich 80 bis 85 Prozent des Marktes unter sich auf. (FAZ v. 9.3.2000) Beide Agenturen haben einen aggressiven Expansionskurs eingeschlagen um ihre marktbeherrschende Stellung zu verteidigen. S&P hat sehr viele nationale Rating-Agenturen aufgekauft und so ein weltweites Netz geschnürt.
- ⁵ Dt.: „Gemeinsamer Markt des Südens“.
- ⁶ Ab 1995 begann der Mercosur als Zollunion zu funktionieren, als die Einsetzung gemeinsamer Außenzölle festgelegt wurde. (vgl. Carrera/Sturzenegger 2000: 13) Damit war ein gemeinsamer Markt von zwölf Millionen Quadratkilometern Größe und mit 200 Millionen Bewohnern geschaffen. Dies entspricht 60 Prozent des Gebietes Lateinamerikas, 45 Prozent seiner Bevölkerung und umfasst 60 Prozent seiner wirtschaftlichen Aktivität. (vgl. Ferrer 1997: 55) Im Jahr 1996 traten Bolivien und Chile dem gemeinsamen Markt bei, allerdings nur als assoziierte Mitglieder. (taz, 26.6.1996: Südamerikanische Hochzeit: 7) Bolivien und Chile verhandeln mit dem Mercosur allerdings nicht als Block, sondern in bilateraler Form. Bis zum Jahr 2006 soll zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay ein gemeinsamer Außenzoll für alle Güter existieren, und die Freihandelszone zwischen dem Mercosur, Bolivien und Chile soll komplett in Kraft treten.
- ⁷ Bereits 1982 trafen sich Regierungsmitglieder und Unternehmer aus Brasilien und Argentinien in Rio de Janeiro mit dem Ziel einer Intensivierung des bilateralen Handels und der Aufnahme von Partnerschaftsverträgen zwischen den beiden Ländern. Die damaligen Verhandlungen waren noch geprägt von der Idee, dass der Staat eine aktive Rolle einnehmen muss, um die Indu-

strie zu fördern und den Markt zu regulieren. Im Jahr 1985 wurden drei Arbeitsgruppen eingerichtet, um die argentinisch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen zu dynamisieren. Einen Monat später schlossen Brasilien und Argentinien ein bilaterales Abkommen zur Handelsliberalisierung und Zollerleichterung für bestimmte Produkte. Ende 1985 unterzeichneten die Staatspräsidenten Raúl Alfonsín und José Sarney die „Declaração de Foz do Iguaçu.“ Darin bekundeten beide Länder ihren Willen, die bilateralen Beziehungen zu erweitern, die Kernenergie zu nutzen sowie die wirtschaftliche Kooperation und Intensivierung des regionalen Handels voranzutreiben. (Ferrer 1997: 56) Mit dem am 29. Juli 1986 unterzeichneten Programa de Integración Argentina-Brasil (PICAB) sollten die wirtschaftlichen Beziehungen weiter verbessert werden. Im November 1988 schlossen beide Länder dann den Tratado de Integración, Cooperación y Desarrollo entre Argentina y Brasil (TICD).

Literatur

- Angelone, Juan Pablo; Gaveglio, Silvia (2000): „Una aproximación a los conceptos de globalización y regionalismo abierto. Notas para un análisis crítico“. In: Fernández, Arturo/Gaveglio, Silvia (Hg.): *Globalización, integración, Mercosur y desarrollo local*, Rosario, S. 9-36.
- Berriel Diaz, Alvaro; Malcher, Ingo (2001): „FTAA – Auf dem Weg zu einer Marktverfassung in den Amerikas“. In: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 46, Juni 2001, S. 35-46.
- Boris, Dieter (2001): *Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts*. Hamburg.
- Boris, Dieter; Malcher, Ingo (2001): „Argentinien am Ende der neoliberalen Sackgasse“. In: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr.: 48, Dezember 2001, S. 47-59.
- Boris, Dieter (2002): „Lulas Wahlsieg in Brasilien. Linkswende in Lateinamerika?“ In: *Sozialismus*, 12/2002, S. 39-41.
- Borón, Atilio (1992): *Estado, Capitalismo y Democracia en América Latina*. Buenos Aires.
- Borón, Atilio (2000): *Tras el Búho de Minerva. Mercado contra democracia en el capitalismo de fin de siglo*. Buenos Aires.
- Calcagno, Alfredo F. (2001): „Ajuste estructural, costo social y modalidades de desarrollo en América Latina“. In: Sader, Emir (Hg.): *El Ajuste Estructural en América Latina. Costos Sociales y Alternativas*. Buenos Aires, S. 75-98.
- Carrera, Jorge; Sturzenegger, Federico (2000): „Los resultados de la integración en el Mercosur“. In: dies. (Hg.): *Coordinación de políticas macroeconómicas en el Mercosur*. Buenos Aires, S. 11-60.
- CEPAL (1994): *Panorama Social de América Latina*. Santiago de Chile.
- Correa, C. (2001): „América Latina, sin protección para sus industrias y especies“. In: *Le Monde Diplomatique Cono Sur*, Año II, Número 21, Marzo 2001, Buenos Aires, S. 8-9.
- Cox, Robert (1998): „Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen: Ein Aufsatz zur Methode“. In: ders. (1998): *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“*, FEG-Studie Nr. 11, Marburg, S. 69-86.
- Devlin, R.; Estevadeordal, A./Garay, L. (1999): *The FTAA: Some Longer Term Issues, IBD-Intal*, Occasional Paper 5. Buenos Aires.
- Dresdner Bank Lateinamerika AG (2003), *Latin American Daily Spotlight v. 17. Januar 2003*.
- Ferrer, Aldo (1997): *Hechos y ficciones de la globalización. Argentina y el Mercosur en el sistema internacional*. Buenos Aires.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*. London/New York.
- Gwynne, Robert; Kay, Cristóbal (1999): „Latin America transformed: changing paradigms, debates and alternatives“. In: dies. (Hg.): *Latin America transformed. Globalization and Modernity*. London/New York, S. 2-29.

- Habel, Janette (2002): „Estados Unidos – América Latina: La reorganización de un modo de dominación“. In: *Cuadernos del Sur*, Año 18, No. 33, Mayo de 2002, Buenos Aires, S. 25-34.
- Inter-American Development Bank (1997): *Latin America after a decade of reforms, 1997 Report*. Washington, D. C.
- Halperin Donghi, Tulio (1992): *Historia contemporánea de América Latina*. Buenos Aires.
- Hobsbawm, Eric (1998): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München.
- Huerto Romero, María del (2000): „Integración y desarrollo en América Latina. Apuntes para una Reformulación del Paradigma del Regionalismo Abierto“. In: Fernández, Arturo; Gaveglione, Silvia: *Globalización, integración, Mercosur y desarrollo local*. Rosario, S. 63-75.
- Huffschmid, Jörg (1999): „Finanzmärkte“ In: *Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Hamburg, S. 535-548.
- Malcher, Ingo (2002): „Peronistische Macht ohne Hegemonie“ In: *Sozialismus*, Oktober 2002, S. 40-43.
- Narr, Wolf-Dieter; Schubert, Alexander (1994): *Weltökonomie. Die Misere der Politik*. Frankfurt/M.
- Panitch, Leo (1998): „Jenseits neoliberaler und sozialdemokratischer Globalisierung. ‘Der Staat in einer sich verändernden Welt’ und die ‘Restrukturierung der Demokratie’“ In: Heinrich, Michael; Messner, Dirk (1998): *Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Festschrift für Elmar Altvater*. Münster, S. 150-164.
- Plehwe, Dieter (2000): *Die Herausbildung und Durchsetzung der Deregulierungsstrategie: Ökonomische, ideologische und politische Mächte*. Berlin, Dissertationsmanuskript.
- Sader, Emir (2002): „Argentina: una crisis de nuevo tipo“. In: *Cuadernos del Sur*, Año 18, No. 33, Mayo de 2002. Buenos Aires, S. 35-37.
- Sevares, Julio (2002): „Riesgo y regulación en el mercado financiero internacional“. In: Gambina, Julio (Hg.): *La Globalización Económico-Financiera. Su impacto en América Latina*. Buenos Aires, S. 309-332.
- The World Bank (1997): *The State in a Changing world. World Development Report 1997*. New York.

Anschrift des Autors:

Ingo Malcher

Araoz 2050 – 7a

RA – C1425DGD Buenos Aires

Argentinien

Email: ingo@ssdnet.com.ar